

KLUB DER SOZIALISTISCHEN
ABGEORDNETEN UND
BUNDESRÄTE

Wien I, 12. Jänner 1954
Parlament, Tel. A 19-500 Serie

Herrn
Bundesminister Karl M a i s e l,
Wien, I., Regierungsgebäude.

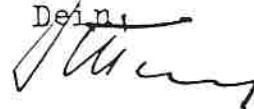
Wieder Freund!

Ich habe die in Schlagworten entwickelten Gedanken in der beigeschlossenen Schrift niedergelegt, die ich Dir mit der Bitte übersende, sie vorerst nicht über den Kreis der Genossen hinaus gelangen zu lassen, denen ich die Grundlagen bereits mundlich vorgetragen habe.

Mit Rücksicht auf die beschränkte Zahl bitte ich Dich, das Schriftstück nach erfolgter Kenntnisnahme dem Gen. Waldbrunner weiterzugeben und diesen gleichzeitig zu bitten, es mir wieder zurückzusenden. Ich bitte, bei der Weitergabe auch dafür zu sorgen, dass die Vertraulichkeit darunter nicht leidet.

Mit bestem Gruss

Dein,



Jetzt beginnen die Fehler!

V o r w o r t .

Die folgenden Betrachtungen sollen als Grundlage für die Aussprache über unsere künftige Politik dienen. Ich bitte daher zu beachten:

1.) dass es sich um schriftliche Aufzeichnungen von Gedankengängen handelt, mit denen ich mich zwar seit längerer Zeit beschäftige, die ich aber in der kurzen Zeit nicht in ein vollständiges Konzept bringen konnte, und dass

2.) damit keinerlei Tadel verbunden ist.

Wir sind alle für die gemeinsame Politik verantwortlich, ob wir sie selbst gemacht oder nur mitgemacht haben. Der Erfolg im Feber 1953 beweist darüber hinaus, dass sie bis dahin im grossen und ganzen richtig war. Schliesslich ist in der Politik eine fehlgeschlagene Aktion kein Fehler an sich. Von Fehlern kann man nur dann mit Recht sprechen, wenn man die Ursachen von Misserfolgen erkannt hat oder doch hätte erkennen müssen - und trotzdem diese Ursachen nicht beseitigt.

Unsere bisherige politische Linie.

- Die Politik der Partei war seit 1945 gegründet auf
- 1.) Erringung der vollen Unabhängigkeit Österreichs,
 - 2.) Beseitigung des Mangels und Hebung des Lebensstandards durch bessere Versorgung der arbeitenden Menschen mit Konsummittel zu billigen oder mindestens erschwinglichen Preisen.

Das Aktionsprogramm der Partei gibt in zahlreichen Einzelbestimmungen diesen Gedankengängen Ausdruck. Der Kampf für die Freiheit Österreichs wurde von beiden Koalitionsparteien in den grossen Zügen gemeinsam geführt, wenngleich die PV im Kampf gegen das russische ~~Element~~ Element immer ~~störend~~ *störend* war. Hingegen waren die Ansichten der beiden Parteien in der Frage der Güterversorgung von Anfang an auseinandergehend. Die VP sabotierte die Bewirtschaftung, verzögerte die Stabilisierung der Währung und setzte sich für eine vorzeitige Freigabe (Aichhorns Volksabstimmung), des Verkehrs mit solchen Waren ein, an denen noch immer Mangel bestand, sodass der Preisauftrieb unvermeidbar war.

In dieser Periode war die politische Belastung der SPÖ grösser als die der ÖVP. Die Arbeiterschaft verlor die niedrigen Rationspreise für alle Waren die schrittweise von der Bewirtschaftung herausgenommen wurden ohne bei den Lohn- und Preisabkommen dafür eine annähernd gleich hohe Entschädigung zu erhalten. Der Verkehr mit den nach bewirtschafteten Waren war durch den schwarzen Markt so fühlbar gestört, dass die Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft von der Arbeiterschaft, besonders von den Hausfrauen nicht ~~nur~~ als Schutz gegen die Ausbeutung, ~~sondern~~ auch als Last empfunden wurde.

Die VP stellte daher ihr Wahlprogramm 1949 politisch auf die "Rote Katze" und wirtschaftlich auf die "Freie Wirtschaft" ab. (Siehe Rede Margarethas in der Haussitzung am 30. Juni 1949.)

Nach den Wahlen 1949 hätte die VP den vollen Durchbruch zur "freien Wirtschaft" erreicht, wenn sie nicht 2 Fehler begangen hätte und ausserdem die weltpolitische Entwicklung eine neuerliche Störung in die Entwicklung der Weltwirtschaft gebracht hätte.

- 1.) schritt Margaretha in Erfüllung eines Wahlversprechens der VP vorzeitig zu einer Steuersenkung und
- 2.) mussten die den Agrariern gemachten Zusagen auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise eingelöst werden, da der Absatz der Agrarprodukte auf dem schwarzen Markt ständig absank.

Dazu kam noch die damalige Forderung des Marshallplanbüros an die österreichische Regierung, die Subventionen für die Lebensmittel abzuschaffen oder doch fühlbare Einschränkungen vorzunehmen und als grösste Störung die Hausse durch die Korea-Krise.

Es gab natürlich auch in unseren Reihen zu dieser Zeit schon Genossen, die der Ansicht waren, zum schrittweisen Abbau der Bewirtschaftung zu schreiten, um so allmählich wieder zurück zur Marktwirtschaft zu gelangen. Der Hinweis auf die im Sommer 1949 von Sagmeister zugestandene Herausnahme der Eier aus der Bewirtschaftung, wird noch für längere Zeit bei unserem Freund Proksch mit Erfolg als blutdrucksteigerndes Mittel angewendet werden können.

Die Fehlkalkulation der ~~VP~~ führte über das 4.Lohn-Preisabkommen zum KP-Putsch im Oktober 1950. Dieses politische Ereignis zwang im Verein mit der Hausse und der Knappheit auf den Weltrohstoffmärkten zur Wiedereinführung der Bewirtschaftung, die bis Ende 1951 erhalten blieb.

Während aber in Österreich eine Preissenkungsaktion der Handelskammer und eine Lohnstillhalte-Politik des Gewerkschaftsbundes nötig waren, um eine neuerliche Preiswelle im Oktober 1951 aufzuhalten, vollzog sich damals auf den Weltmärkten bereits der Übergang von der Hausse zur normalen Wirtschaft, begleitet von einer allmählichen Preissenkung als Übergang zu einer für längere Zeit stabilen Preislage.

In dieser Situation setzte sich in der VP der Wirtschaftsbund-Flügel durch, indem er die durch den Ausgang der Präsidentenwahl in der ÖVP ausgebrochene Krise ausnützte. Es kam zur Auswechslung der Parteiführungs- und der Regierungsgarnitur.

Wieder, wie nach den Wahlen 1949 berechnete die VP die Auswirkungen des Umschwunges in der Weltwirtschaft auf Österreich falsch. Kamitz konnte das ~~angekündigte~~ angekündigte Steuerstopp- und Steuersenkungsprogramm nicht durchführen, sondern musste eine fühlbare Mehrbelastung der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft auferlegen. Die erwartete Entlastung der öffentlichen Investitionstätigkeit durch Anleihen konnte nicht eintreten, da der private Kapitalmarkt in Österreich sich viel langsamer als erwartet entwickelte. Die von Kamitz geplante Budgetsanierung im verein mit der Kreditrestriktion in der Privatwirtschaft ^{brachte} vorübergehende Deflationserscheinung in die österreichische Wirtschaft, in deren Verlauf es zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Schrumpfung der Produktion kam.

Durch einen taktischen Fehler Raabs bei den Budgetverhandlungen 1952 musste aber die VP mit ihrem Kamitzprogramm zu einem Zeitpunkt in den Wahlkampf eintreten, als sich deutliche Krisenerscheinungen zeigten, welche insbesondere durch den Abfall der Viehpreise die landwirtschaftlichen Stammwähler erschütterten. Damit erschien die Behauptung der VP-Propagandisten von der Nützlichkeit des Stabilisierungsprogramms wieder einmal als ein Wahlschwindel.

Die Stärke unserer politischen Position.

Trotzdem waren wir in dieser Zeit politisch und wirtschaftlich stärker als nach den Stimmen der Wähler. Bei den politisch weniger Gebildeten entstand sogar der Eindruck, dass wir die führende Partei Österreichs seien, was sich oft zu unserem Nachteil auswirkte.

Die wichtigsten Grundlagen dieser zusätzlichen Stärke waren:

- 1.) die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die ständigen russischen ~~Druckungen~~ Drückungen, bzw. gegen die

drohende Agression;

- 2.) die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion zur Erlangung der amerikanischen Hilfe und die daraus resultierende gemeinsame Aufteilung der materiellen Hilfsleistungen;
- 3.) die wirtschaftliche Schlüsselstellung der rohstoff- und energieverzeugenden Industrie, die überwiegend im Waldbrunner Ministerium konzentriert war;
- 4.) die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund, um den Wiederaufbau und den Ausbau der Produktionsmittel nicht durch Kürzung des Investitionskapitals zu Gunsten höherer Löhne zu verlangsamen;
- 5.) die Korruption der VP und ihre kluge Ausnützung durch unsere Propaganda.

Ausserdem war der Parteiapparat der VP schlecht organisiert. Wir hatten zu dieser Zeit nicht nur in der Organisation ~~mm~~ sondern auch in der Presse und Propaganda den Vorsprung.

Gestützt auf die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und auf unseren organisatorischen Vorsprung, konnten wir die Propaganda der "Roten Katze" unwirksam machen und uns und unsere Politik den arbeitenden Menschen als Verteidigung der Arbeitsplätze, der Wohnung und der Renten verständlich machen und uns als die Hüter der billigen Preise und als die Bekämpfer der Korruption empfehlen.

Wir haben alle politischen Erfolge seit 1945, vor allem aber seit 1949 errungen, ohne dem einzelnen arbeitenden Menschen eine in seinem Wirtschaftsbereich fühlbare Hilfe zu bringen. Unser politischer Kampf galt in erster Linie der Sicherung und der Vermehrung des Sozialkapitals. (Verstaatlichte Betriebe, Bahn, Post, kommunale Einrichtungen, Sozialversicherungsträger, Gewerkschafts- und Arbeiterkammervermögen.)

Die Entlastung des einzelnen Staatsbürgers wurde zurückgestellt oder sogar bewusst abgelehnt. Wir waren für Lohnstopp, für Steuerstopp, ja sogar für Steuererhöhung. Wir forcierten die Investitionen in den öffentlichen und in den privaten Betrieben und wurden jenes Land der Marshallplanländer, welches den niedersten Prozentsatz der Auslandshilfe für den Wohnungsbau verwendete.

Unsere Politik war ~~iherrahmen~~ theoretisch richtig. Wir mussten unsere Wirtschaft ausbauen, dass sie nach Aufhören der Auslandshilfe die Arbeitsplätze sichern, ja sogar die Schaffung neuer Arbeitsplätze möglich machen konnte.

Diese Politik war den Vertrauensmännern verständlich und war dem geschulten und interessierten Arbeiter verständlich zu machen. Diese Wirtschaftspolitik rechtfertigte auch für die Zeit des Wiederaufbaues die Nivellierung der Löhne, durch welche der qualifizierte Arbeiter gegenüber dem Hilfsarbeiter benachteiligt wurde. Für den ungeschulten - und das ist bei den Wahlen der ausschlaggebende Teil der Wählerschaft - waren die Fehler der VP ein Grund uns (oder überhaupt nicht) zu wählen, aber nicht unsere Leistungen, die wir für sie persönlich erbrachten. Eine Ausnahme machen nur die allgemeine Alterspension, die wir allerdings noch immer nicht in ihren Leistungen verbessern konnten und in einzelnen Gegenden der Wohnungsbau. Ausserdem waren wir gegenüber den Anhängern der freien Zinsbildung bei der VP und beim VDU noch als die Wahrer des Mieterschutzes, d.h. in den Augen dieser Wähler, als die Wahrer des billigen Mietzinses angesehen.

Die VP hat von uns gelernt.

Die VP sah den begangenen Fehler bereits während des Wahlkampfes 1953 ein. Ihr Versuch, durch das ~~das~~ neue Kamitzprogramm die Stimmung zu verbessern blieb zwar während des Wahlkampfes erfolglos, sicherte ihr aber eine gute Ausgangsstellung nach den Wahlen. Die VP hat sich unseren Wahlspruch zu Herzen genommen:

"Am Abend des Wahltages beginnt der nächste Wahlkampf!"
Und wir?

Die VP hat es verstanden unsere Bemühungen um die Währungsstabilisierung in der vergangenen Zeit und ihre Opposition dagegen vollständig zu unterdrücken. Ebenso die Herkunft des Stabilisierungsprogrammas aus unserem Aktionsprogramm. Das gleiche gilt ja vom Autobahnprojekt, das wir bereits 1947 gefordert aber seither erfolgreich vergessen haben.

Im Frühjahr 1953 wurde eine ganze Reihe von Massnahmen durchgeführt, die entweder aus unseren Forderungen kamen oder denen wir in diesem Zeitpunkte die Zustimmung erteilen konnten, weil keine Gefahr für den Lebensstandard mehr bestand. Wir konnten daher unbekümmert unsere Zustimmung geben. Aber die VP hat es geschickt verstanden, diese Punkte vorher zu Teilen, das sogenannten Kamitz-programms zu machen und stellte in der Öffentlichkeit unsere Haltung so dar, als wären wir durch Raab-Kamitz überzeugt oder gar zur Annahme dieses Programms gezwungen worden. Dies gilt für die Wechselkursangleichung, wie für die Energieanleihe, die von uns lange vorher gefordert worden waren und zu deren voller Zeichnung wir die Arbeiterschaft aufgerufen haben, ebenso für die Gewerbspension, wie für die Jugendbeschäftigung.

Ja, obwohl Raab noch in der Regierungserklärung den Staatsbeamten die teilweise Einlösung ihrer Forderung in einer sofortigen Gehaltserhöhung verweigert~~et~~ und sie auf die Steuer-senkung vertröstet hat und erst durch unsere Stellungnahme in der Debatte zur Regierungserklärung, welche von der VP als Oppositionsrede bezeichnet wurde, zu einer Änderung seiner Haltung gezwungen worden war, gelang es der VP uns auch in dieser Frage in der öffentlichen Meinung an die Wand zu spielen.

Die etwas unvorsichtig gehaltenen Neujahrsartikel in der Provinzpresse verraten sogar, dass vielleicht schon in der nächsten Zeit, aber sicher schon im kommenden Wahlkampf, auch die Aufhebung der Demarkationslinien, der Zensur und die Heimkehr der Kriegsgefangenen als ein Erfolg der Politik Raab-Kamitz hingestellt werden wird.

Die offizielle VP-Politik unterlässt alles was den kleinen Mann verstimmen könnte.

Die VP spricht nicht mehr offen von der Aufhebung des Mieterschutzes (zum Unterschied vom Jahre 1950 nach der Nationalratswahl), sondern ein "Sozialwissenschaftlicher Verein" macht jetzt Vorschläge, welche die ÖVP-Presse einschliesslich der katholischen Presse, wiedergibt. Sie stammen von den gleichen Herren Dr. Huber, Dr. Mittelbauer und Konsorten,

die den VP-Plan zur Mietzinssteigerung des Jahres 1950 entworfen haben. Alle Vorschläge zu einer weiteren Belastung der Lohnempfänger für den Aufwand der sogenannten Familienpolitik macht nicht die VP sondern ein "Verein für Sozialpolitik", der von den sozialpolitischen Theoretikern des ÖAAB diktiert wird. Und schliesslich macht Kamitz, wenn auch zuerst indirekt, durch die Steuersenkung, unsere Politik der Wirtschaftsbelebung durch Hebung der Massenkaukraft, die wir allerdings durch die ständige Sorge um die Aufbringung der Mittel für die öffentlichen Investitionen zuletzt völlig vergessen haben.

Wir sind schwächer geworden! Während sich die Position der VP seit den Präsidentenwahlen, aber auch seit der Nationalratswahl gefestigt hat, ist unsere Position schwächer geworden. Von den 5 Grundlagen unserer zusätzlichen Macht sind die ersten drei weggefallen. Die Position des Gewerkschaftsbundes ist durch die Schwäche unserer Verwaltung in der Sozialversicherung schwächer geworden. Die Korruption bei der VP ist bereits zusehr ins Bewusstsein der Wähler eingedrungen, als dass man noch nennenswertes politisches Kapital daraus schlagen könnte.

Darüber hinaus haben wir unser Ansehen als Vorkämpfer für billige Preise verloren. Die ständig zunehmende Marktwirtschaft entzieht die Preisregelung auch ohne formeller Aufhebung der Gesetze dem staatlichen Einfluss. Wir müssen im Gegenteil immer häufiger Schutzmassnahmen für die Produzenten zustimmen, die sich für die Konsumentenpreise als Erhöhung auswirken. (Fleisch, Milch) Und es mussten auch in unseren Ressorts Preiserhöhungen vorgenommen werden, die für breite Schichten der Bevölkerung spürbar waren.

Die von uns verwalteten Ministerien haben an Bedeutung verloren.

Das Innenministerium durch die veränderte russische Politik und in seinen Aufgaben als Volksernährungsministerium und Preisbehörde.

In der verstaatlichten Metallindustrie ist die allgemeine Hausse-Bewegung vorüber und einzelne Betriebe mussten zur Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen übergehen, was unsere Vollbeschäftigungspropaganda erschwert.

Andererseits sind die Errungenschaften des Verkehrs- und Energieministeriums selbstverständlich geworden. Die Verbesserungen im Reiseverkehr waren 1950, 1951 bemerkenswert. Die Elektrifizierung der Westbahn einmalig, ein stolzer Beweis zäher, sozialistischer Aufbauarbeit. Heute ist die erhöhte Bequemlichkeit im Reiseverkehr selbstverständlich, die Verspätungen, die überall im Verkehr eintreten, werden gegen unsere Verwaltung ausgenützt. Die Elektrifizierung weiterer Eisenbahnstrecken ist bestenfalls noch für die damit erschlossenen Gegenden bemerkenswert, ansonsten selbstverständlich. Die Stromsparzeiten für die private Wirtschaft und die Stromsparmassnahmen für die gewerbliche Wirtschaft sind vergessen. Die Wochenschaubilder über die Eröffnung neuer Kraftwerke finden kaum mehr Interesse. Aber über die Strompreise, deren ungerechtfertigte Höhe, von uns leider viel zu wenig bekämpft wird, wird mit Recht geschimpft.

Und aus dem Sozialministerium, wo wir im einzelnen noch immer sofort spürbare Erleichterungen bringen könnten, werden wir demnächst Vorlagen erhalten, die eine Einschränkung von Leistungen in der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge bringen werden.

Dazu kommt noch, dass alle von den Regierungsmitgliedern und der Parlamentsfraktion gemachten Anstrengungen, die Arbeiten in unseren Ressorts im Budget finanziell zu sichern, infolge des Finanzgesetzes nochmals beim Finanzminister durchgesetzt werden müssen. Unsere Regierungsmitglieder werden zu einem ständigen Wohlverhalten gegenüber dem Finanzminister gezwungen, ohne verhindern zu können, dass den Ressorts der VP über die Budgetmittel hinaus zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Nach Wegfall der aussenpolitischen Voraussetzungen sind wir für unsere politische Tätigkeit auf die verfassungsmässige Basis beschränkt. Raab führt daher nach aussen sichtbar die Aussenpolitik und Kamitz beherrscht durch die Finanzen die Innenpolitik. Von unserer Einflussnahme, von unseren Ratschlägen, oder von der Verhinderung asozialer Massnahmen durch uns, erfährt die Öffentlichkeit nichts, sondern nur von den Erfolgen, die sich als Frucht der gemeinsamen Politik einstellen.

Die VP ist jetzt darauf gekommen, dass ihr diese verfassungsmässige Ausgangsstellung die Möglichkeit gibt, alles was den Massen angenehm erscheint, auf Raab und Kamitz zu buchen, und die notwendigen Belastungen für die Sozialpolitik oder die Investitionen im verstaatlichten Sektor auf uns zu schieben.

Nicht als Beiwagen, sondern als Triebwagen.

Diese veränderte Situation bringt unsere Regierungsmitglieder über kurz oder lang in die gleiche Lage, in der sich die VP-Mandatäre in der Wiener Landesregierung befinden. Von da ist es nicht mehr weit zu der Lage, in der sich die SP-Mandatäre in der niederösterreichischen Landesregierung befinden. Raab hat seine politischen Vorstellungen auf dem oberösterreichischen Parteitag sehr deutlich enthüllt. Er hat sich damit abfinden müssen, daß die SP auf dem österreichischen Staatswagen hinten auf der Deichsel sitzend mitfährt, aber Kutscher kann nur die VP sein. Offenbar wird die künftige Regierungspolitik in diesem Sinne gehandhabt werden.

Werden diese Erwägungen als richtig anerkannt, dann ergeben sich eine Reihe von Schlußfolgerungen.

1.) Muß der Propaganda und auch der Organisationsapparat der Partei auf die neue Lage umgestellt werden. Vorschläge dazu fallen jedoch aus dem Rahmen dieser Arbeit heraus.

2.) Müssen wir aus unserem Programm jene Punkte in der Vordergrund des politischen Kampfes stellen, aus deren Erfüllung für den einzelnen Wähler sofort oder nach kurzer Zeit ^{sich} spürbare ~~persönliche~~ Wirkungen ~~sich~~ ergeben.

3.) Muß der VP zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie im Nationalrat und in einer Reihe von Landtagen nur eine Minderheit ist, die ^{ausly} zur Durchführung von Maßnahmen gezwungen werden kann, welche berechnete oder scheinbar berechnete Interessen ihrer Wählergruppen berühren.

Ausführung zu 2.):

Nach der Propaganda der VP kann geschlossen werden, daß die Wahlkämpfe in diesem Jahr von ihrer Seite überwiegend als politische Wahlkämpfe werden geführt werden. Sie wird die Durchsetzung von an sich politisch unbestrittenen Maßnahmen, ebenso wie die Milderung des allgemein politischen Klimas in Osterreich, als ausschließlichen Erfolg der Raab-Kamitz-Politik hinstellen. Demgegenüber steht auf unserer Seite leider fest, daß wir von unserem Wahlprogramm nur sehr wenig durchgesetzt haben. Es ist weder ein Vollbeschäftigungsprogramm von der Regierung oder vom Parlament beschlossen worden, noch die von den Rentner-Wählern erwartete Verbesserung der Renten, noch ist ein Fortschritt in der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues außerhalb

wiens erzielt worden.

Wir werden daher, auch wenn es zu keiner Erneuerungswahl des Nationalrates kommt, die politische Stoßkraft in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf die Durchsetzung unserer Hauptforderungen richten. ^{unserer} Hierzu erscheinen mir folgende Aktionen geeignet:

I.) Angesichts der Entwicklung der Arbeitslosigkeit soll der Abgeordnetenklub einen offenen Brief an Raab richten und einen Bericht der Regierung sowie eine Debatte darüber in der Haussitzung am 27. d. verlangen, welche sich mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigt.

II.) Bei der Beratung über die Schillingeröffnungsbilanz, Vermögenssteuer und Grundsteuerreform, sowie über die Liberalisierung sind unsere politischen Forderungen nicht auf Forderungen nur zu diesen Gesetzen zu beschränken, sondern als Preis für die Zustimmung ist zu fordern:

- a) die Beschlußfassung über die Ersatz der ganzen oder eines Teiles der gegenwärtigen Besatzungskostensteuer durch eine Wohnbauförderungsabgabe unter gleichzeitiger Umwandlung des Wohnbauschillings in eine solche Prozentabgabe;
- b) die 13. Rente für alle nicht öffentlichen Rentenempfänger als sofort durchführbare Hilfsmaßnahme für die Rentner (Berechnungen über den Aufwand werden nachgebracht, bzw. siehe Beilage)

III.) Sind die sozialistischen Gewerkschafter in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auch offiziell bei ihrer Forderung zu unterstützen, die für den 1. Jänner 1955 vorgesehene zweite Etappe der Entlohnung, zumindestens zum Teil auf den 1. Juli 1954 vorzuverlegen. Maleta hat eine solche Zusage unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung seinerzeit gemacht. Prinke hat sie in etwas verklausulierter Form in der Generaldebatte zum Budget wiederholt.

IV.) Müssten wir nun unsererseits mit der Forderung nach weiterer Ermäßigung der Lohnsteuer einsetzen. Nach einer Statistik im "Österreichischen Volkswirt" ergibt sich, daß bei der Annahme eines Absinkens der Kaufkraft gegenüber der Vorkriegszeit auf ein Achtel - was Genosse Resch auch für die Steuergerechtigkeit bei der Kasino-AG annimmt, - die Lohnsteuersätze trotz unseres Beitrages zum Kamitz-Programm schon bei Jahreseinkommen von S ~~16.800~~ 16.800 (ohne Besatzungskostensteuer und Wiederaufbaubeitrag) höher sind als 1940 einschließlich des Kriegszuschlages.

Es ist meines Erachtens politisch nicht mehr erträglich, daß wir uns den Kopf zerbrechen, ob der Finanzminister mit den Steuergeldern auskommt und dieser dann mit Steuersenkungen gegen uns Propaganda betrei

Wir müssen zurückfinden zu der richtigen Politik vor 1934, daß die Lohnsteuer, vor der es ja auch keine Einsparungsmöglichkeiten durch Konsumverlegung oder Konsumeinschränkung gibt, weiterhin herabgesetzt werden muß. Das gilt selbstverständlich auch für die Steuer auf selbständiges Arbeitseinkommen in dem von uns als relevant angesehenen Einkommensgruppen. Wir müssen auch aus den Erfahrungen anlässlich der Durchführung der Tarifierhöhung auf den Eisenbahnen und bei den Rauchwaren lernen. Die tatsächlich eingetretene Erhöhung wurde, sicherlich auch zum Teil auf Grund einer besseren Vorbereitung ohne merklichen Widerspruch und ohne merkliche Konsumeinschränkung hingenommen. Die kommunistische Propaganda bei diesem Anlaß wurde, offenbar wegen der erkannten Wirkungslosigkeit rasch eingestellt. Wir müssen daraus lernen, daß die ~~XXXX~~ theoretischen, teilweise noch immer richtigen Erwägungen hinsichtlich der Konsumsteuern psychologisch nicht mehr stimmen. Und schließlich kann das, was von öffentlichen Betrieben bisher durch den Koks- und weiterhin durch den Strompreis an indirekter Steuer getrieben wird, auch nicht mehr als Beibehaltung des orthodoxen Standpunktes angesehen werden.

Ich empfehle daher, daß sich nunmehr die Sozialistische Partei zum Träger der Forderung nach Abbau der übermäßigen Besteuerung der Arbeitseinkommen macht. Schließlich ist ja unser erster Vorschlag nach Abschreibung auf für die Nichtbuchführenden noch nicht von den anderen akzeptiert worden.

4.) Wenn auch aus unserem Forderungsprogramm die für den Einzelnen sofort wirksamen Forderungen an die Spitze gestellt werden sollen, darf andererseits an unsere Forderungen ^{steuert} ~~zumindestens~~ der kollektiven Einrichtungen und des Sozialkapitals nicht vergessen werden. Wir müssen daher vor Durchführung von Novellierungen bestehender Steuergesetze den Abschluß des Finanzausgleiches erreichen, der bis zum 31. 12. d. Jahres in Kraft bleiben soll, in welchem die Neuwahl des Nationalrates erfolgt. Dabei sollen die Forderungen der Gemeinden mit Bundesbetrieben und der Spitalerhaltenden Gemeinden berücksichtigt werden. Nötigenfalls auch durch Erweiterung des Verhandlungskomitees der Länderfinanzreferenten ^{und} durch Mitglieder des Parteipräsidiums oder des Abgeordnetenkлубs.

5.) In einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Entspannung verlieren rein materielle Forderungen an Zugkraft. Es ist überdies falsch anzunehmen, daß die Wahlen 1949 oder auch 1953 durch den materiellen Inhalt des Regierungsprogrammes entschieden wurden. Es war 1949 für die VP die Rote Katz-Propaganda, für den V&U ^{die} Gleichberechtigung der Staatsbürger und für uns 1949 und 1953 das Eintreten für die Unabhängigkeit Österreich's ein wesentlicher Teil des Wahl-
pro-

programmes. In dem Maße, in dem die Auswirkungen des noch immer anhaltenden Besatzungsregimes für den einzelnen Staatsbürger weniger sichtbar werden, verblaßt die Wirkung dieser ideellen Teile des Wahlprogrammes. Als Ersatz hierfür schlage ich vor, die Europapropaganda betont zu betreiben, weil wir uns dabei schon vor der Kanzlerschaft Raabs durch die Inaktivität der VP einen gewissen Vorsprung gesichert hatten. Wenn wir die Fortsetzung der im Parlament begonnenen Aktionen erzwingen können und erreichen, daß ein formeller Beitritt Österreichs und darauf die Aufnahme in den Straßburger Europarat noch im Mai dieses Jahres erfolgt, dann werden wir die VP in dieser Propaganda überspielen können. Angesichts der außenpolitischen Bedeutung der "Aktion Helmer" ist diese Umwandlung des Beobachter-Status in einen Mitglied-Status im Europarat harmlos und unbedenklich. Aber auf die österreichische Wählerschaft wird eine solche Aktion ihren Eindruck nicht verfehlen, um so mehr als man damit auch Österreich und besonders Wien wieder in das europäische Geschehen einbeziehen kann.

Abschließend will ich hervorheben, daß ~~wir~~ in der Partei das Gewicht wieder stärker von der Verwaltung in die Politik verlegen müssen. Die vorangegangene Gewichtsverlegung war unter den damals gegebenen Voraussetzungen und politischen Notwendigkeiten richtig, wenngleich ich immer gegen das Ausmaß Einwendungen erhoben habe. Die Ereignisse seit der Neubildung der Regierung zeigen, daß wir unser politisches Wirken im Schoße nicht öffentlicher Beratungen nicht mehr in hinreichendem Maße der Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen können. Es hat an sich schon seither eine Verlagerung auf die parlamentarische Ebene stattgefunden, welche durch die erhöhte Publizität noch unterstrichen wurde.

Wir müssen ohne uns das französische oder italienische Beispiel als Vorbild zu nehmen, noch stärker und rascher zu den Formen der parlamentarischen Demokratie zurückfinden, die in unserer Verfassung vorgeschrieben sind. Die Besprechung von Liberalisierungsmaßnahmen, Zollmaßnahmen oder der Bankenrestriktion allein im Schoße einer Beratungsgemeinschaft von Bundesregierung und Kammerregierungen, ist ein Rückfall, der heute sogar für uns nur schändliche Wirkungen haben kann.

Wir müssen die Wirtschaftsminister der VP, vor allem Raab, zur öffentlichen Stellungnahme im Parlament, zu Rede und Gegenrede zwingen; auch wenn wir dabei voraus sehen müssen, daß dies vice versa durch die Abgeordneten der VP bei unseren Ministern, vor allem Waldbrunner und Maisel, wird geübt werden.

Ausführungen zum 3.):

Die Krise im VdU ist nicht nur durch den Austritt Stübers, sondern vor allem durch das Salzburger Exempel ~~xxxx~~ vollwirksam geworden. Die Position des VP-treuen Flügels ~~xxx~~ um Kraus, Hartleb und Stendebach ist von zwei Seiten her angegriffen. Von den abtrünnigen Extremen unter Stüber und von den VdU-treuen Antiklerikalen, die unter Hinweis auf das Salzburger Beispiel nun von Kraus verlangen, daß er die Faktierfähigkeit ^{auch} ~~auf~~ der Bundesebene ^{mit uns} herstellt.

Ich bin mir dabei bewußt, daß Kraus innerlich mit der VP geht und daß er von seiner Seite aus durch ein Zusammengehen mit uns nur den materiellen Wert seiner Person und seines Restvereines für die VP erhöhen will. Ich glaube jedoch, daß er nicht mehr in dem Maße Herr der Lage im Rest-VdU ist, daß er so wie zwischen 1951 und 1953 die volle Dispositionsfreiheit hat.

Es scheint mir daher richtig, sich bietende Gelegenheiten auszunützen oder solche herbeizuführen, um der VP und Raab in aller Öffentlichkeit beizubringen, daß sie eine Minderheit sind. Das "mir san 88" bei der Regierungsbildung muß diesem sichtbar heimgezahlt werden. Die Chancen hierzu scheinen jetzt gegeben, da ja wir jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet durch das Eintreten für die Liberalisierung stärker für die freie Wirtschaft eintreten können, als die durch Zukunftinteressen und Wirtschaftsprotektionismus gebundene Volkspartei. Wir können, so wie wir in Salzburg dem VdU das Gewerbereferat gegeben haben, auch auf anderen Gebieten wirtschaftlich jetzt eher zusammenarbeiten als vorher und kulturell ist der VdU, dh. Kraus, durch die Haltung der Mitglieder zur Zusammenarbeit mit uns gezwungen.

Es hat beispielsweise die VP mit dem Koalitionspakt übereinstimmend gefunden, daß im Parlament Abgeordnete der VP und des VdU gemeinsame Anträge eingebracht haben, die dann sogar (NS-Anträge im Hauptausschuß) Gegenstand parlamentarischer Beratung und Beschlußfassung geworden sind. Die VP könnte daher nicht vom Koalitionsbruch sprechen, wenn wir etwa ~~anlässlich~~ beispielsweise in der Frage der Gewerbefreiheit und des Kartellgesetzes ähnliches unternehmen.

Jedenfalls sollten wir versuchen, mit dem VdU, ~~xxxx~~ nach Tunlichkeit über den Kontakt mit den Landesorganisationen, zusammenzukommen, daß eine vorzeitige Auflösung des Parlaments gegen unseren Willen zumindestens erschwert wird.

Wenn wir für die Umstellung ~~xxx~~ unserer politischen Aktionen und die Umstellung in der Organisation und der Propaganda ein halbes Jahr Zeit gewinnen, dann haben wir den Vorsprung der VP wettgemacht und

Wahrscheinlich sogar einen eigenen Vorsprung wieder erreicht.

Wir müssen jedoch die Kraft aufbringen, dieses Ziel in den nächsten drei Monaten zu erreichen, um bei ~~XXXXX~~ Frühjahrswahlen in Landtage die politische Wahlkampfpropaganda der VP ebenfalls politisch, und nicht allein durch die Leistungen der Verwaltung, bekämpfen zu können.